

Saarbrücken, den 24. Mai.2019

## PRESSEMITTEILUNG

### **Ärztliche Versorgung im Saarland: Wenn zwei nicht weiterwissen, zeigen sie auf den Dritten?**

Ja, die ärztliche Versorgung im Saarland, vor allem in ländlichen Regionen, könnte in den nächsten Jahren zum Problem werden. Ja, um dieses Problem sollte man sich kümmern, bevor es zu spät ist.

Seltsam mutet es aber an, wenn den von Gesetzes (Sozialgesetzbuch Teil V) wegen zur Lösung des Problems berufenen Stellen, allen voran der Kassenärztlichen Vereinigung des Saarlandes (KVS) nun schon zum wiederholten Male nichts Besseres einzufallen scheint, als öffentlich mit erhobenem Finger auf die saarländischen Kommunen zu zeigen und diese zum Tätigwerden aufzufordern.

Wir nehmen es einmal sportlich als Kompliment, wenn die eigentlich sachlich und fachlich zuständigen Stellen meinen, auch dieses Problem könnte – wie so viele andere Probleme, von Wohnungsnot über Kinderbetreuung, ÖPNV und Einzelhandel bis zu Sicherheitsfragen und Starkregenereignissen – am besten von den Kommunen vor Ort gelöst werden. Gleichwohl müssen wir aber dem dadurch in der Öffentlichkeit entstehenden Eindruck klar entgegentreten, es sei vor allem Sache der saarländischen Kommunen, insbesondere der Städte und Gemeinden, die ärztliche Versorgung im Saarland sicherzustellen. Um es ganz klar zu sagen: „Dem ist nicht so“ betonen der Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindegewerbeverbandes, der Neunkircher Oberbürgermeister Jürgen Fried und sein Stellvertreter, der Tholeyer Bürgermeister Hermann Josef Schmidt.

Es ist die im Sozialgesetzbuch Teil V gesetzlich festgeschriebene Aufgabe und Pflicht der Kassenärztlichen Vereinigung des Saarlandes, die ärztliche Versorgung sicherzustellen. Es ist keine gesetzliche Aufgabe der Städte und Gemeinden. Nicht zuletzt, um diese Aufgabe wahrzunehmen, gibt es die Kassenärztliche Vereinigung.

Gleichwohl wird mit dem Finger auf die Kommunen gezeigt:

Wurde von Seiten des Gesundheitsministeriums Anfang April noch verlautbart, die saarländischen Städte und Gemeinden seien in der Pflicht, „Anreize für junge Mediziner zu schaffen“ und müssten auch dazu bereit sein „Arztpraxen“ in Eigenverantwortung zu eröffnen und zu betreiben, so meinte in dieser Woche die Spitze der Kassenärztlichen Vereinigung in Person von Dr. Gunter Hauptmann, die Saar-Kommunen zum Umdenken auffordern zu müssen. Das neue Zaubermittel, das den saarländischen Städten und

Gemeinden nunmehr angetragen wird, heißt „*Gesundheitsdörfer*“. Darin sollen die „*alternden Saar-Dörfer*“ mal eben „*Ärzte, Apotheken, Rehabilitationseinrichtungen, Wohnungen, Kindergärten, Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants, Spielplätze, Fitness- und Freizeiteinrichtungen*“ bündeln und dadurch insgesamt attraktiver werden.

Klar, schöne neue Welt. Wenn die saarländischen Städte und Gemeinden nicht wüssten, wohin mit ihrem Geld, wenn es überall frei überplanbare unbebaute Ortskerne gäbe, man einfach allen Beteiligten vorschreiben könnte, dass sie sich im Gesundheitsdorf zu versammeln haben usw.. Schade nur, dass das so weit von der Realität entfernt ist.

Natürlich darf man trotzdem Visionen entwickeln. Aber bitte gemeinsam und ausgerichtet an dem, was – gemeinsam mit Anstrengung aller potenziell Beteiligten – machbar ist und nicht, indem man in der Öffentlichkeit mit Utopien auf Kosten Dritter unrealistische Erwartungen erweckt, meint die Geschäftsführerin des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Barbara Beckmann-Roh.

Wir plädieren dafür, dass man sich stattdessen wieder gemeinsam an den „Runden Tisch“ setzt, den das Gesundheitsministerium im vergangenen Sommer initiiert hat, gemeinsam an den dort bereits erarbeiteten Diskussionsstand anknüpft und gemeinsam die Erarbeitung realistischer Konzepte vorantreibt, für die diejenigen verantwortlich zeichnen, um deren gesetzliche Aufgabe es geht, betonen zum Abschluss Präsident Jürgen Fried, stellvertretender Präsident Hermann Josef Schmidt und Geschäftsführerin Barbara Beckmann-Roh.